

Ergebnis der Sitzung des Gemeinderates vom 12. März 2009

Wirtschaftsplan 2009 des Gemeindewasserwerkes

Der Werksausschuss hat sich am 15. Januar 2009 eingehend mit den Entwürfen von Wirtschaftsplan mit Stellenübersicht, Schuldenübersicht und Investitionsprogramm für das Haushaltsjahr 2009 befasst und dem Gemeinderat die Annahme des Wirtschaftsplanes 2009 in der vorliegenden Fassung nach einstimmigem Beschluss empfohlen.

Der Erfolgsplan weist bei Erträgen 857.000,-- € und Aufwendungen von 853.500,-- € einen rechnerischen Jahresgewinn von 3.500,-- € aus. Im Vermögensplan ergibt sich demgegenüber jedoch eine erhebliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr allein durch den zum Jahresbeginn begonnenen Neubau des Hochbehälters Nennig mit den dazugehörigen Zu- und Ablaufleitungen. Die Ansätze im Vermögensplan belaufen sich in Einnahme und Ausgabe auf 1.660.000,-- €. Davon entfallen allein auf den geplanten Bau des Hochbehälters 1.150.000,-- €. Obwohl flüssige Mittel zur Finanzierung der Investitionen bereitstehen ist darüber hinaus eine Kreditaufnahme von 1.135.000,-- € veranschlagt.

Auf eine erneute Beratung der Einzelansätze des Wirtschaftsplanes wurde verzichtet, da dieses ausführlich im Werksausschuss geschehen ist. Insoweit schließt sich der Gemeinderat der Empfehlung des Werksausschusses an.

Nach Beratung beschloss der Gemeinderat einstimmig, den Wirtschaftsplan des Gemeindewasserwerkes für das Jahr 2009 mit dem Stellenplan sowie dem Investitionsprogramm wie folgt:

„§ 1

Der Erfolgsplan wird festgesetzt

in den Erträgen auf	857.000 €
in den Aufwendungen auf	853.500 €

Der Vermögensplan wird festgesetzt

in den Einnahmen auf	1.660.000 €
in den Ausgaben auf	1.660.000 €

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird festgesetzt auf 1.135.000,00 €

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf 120.000,00 €

§ 5

Es gilt die vom Gemeinderat am 12.03.2009 beschlossene Stellenübersicht“

Wirtschaftsplan 2009 des Abwasserbetriebes der Gemeinde Perl

Auch hierzu hatte der Werksausschuss am 15. Januar 2009 einstimmig beschlossen, dem Gemeinderat die Annahme des Wirtschaftsplanes für den Abwasserbetrieb für das Haushaltsjahr 2009 in der vorliegenden Form zu empfehlen.

Der Erfolgsplan 2009 des Abwasserbetriebes weist bei Erträgen von 1.826.000,-- € und Aufwendungen von 1.823.700,-- € einen Jahresgewinn von 2.300,-- € aus.

Der Vermögensplan 2009 sieht in Einnahme und Ausgabe jeweils 3.560.000,-- € vor, von denen bei Schuldentilgungen von 285.000,-- € und dem Sonderbeitrag an den EVS von 100.000,-- € investive Ausgaben in einer Höhe von 3.175.000,-- € verbleiben. Diese enorme Investitionssumme ist nur durch eine Kreditaufnahme von 860.000,-- € zu finanzieren. Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird wie im Vorjahr auf 1,2 Mio. € festgesetzt.

Nähere Einzelheiten zu dem Wirtschaftsplan 2009 sowie der zukünftig zu erwartenden Entwicklung beim Abwasserbetrieb wurden analog der Beratungen im Werksausschuss vom Vorsitzenden nochmals kurz vorgetragen.

Nach Beratung beschloss der Gemeinderat einstimmig, den Wirtschaftsplan 2009 des Abwasserbetriebes in der folgenden Form:

„§ 1

Der Erfolgsplan wird festgesetzt

in den Erträgen auf	1.826.000,00	€
in den Aufwendungen auf	1.823.700,00	€

Der Vermögensplan wird festgesetzt

in den Einnahmen auf	3.560.000,00	€
in den Ausgaben auf	3.560.000,00	€

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf 860.000,00 € festgesetzt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf 1.200.000,00 €“

Stellenplan 2009

Gegenüber dem Stellenplan 2008 hatte die Verwaltung drei Änderungen vorgeschlagen.

Der Finanz- und Personalausschuss hat am 04. März 2009 auf dieser Grundlage den Stellenplan 2009 beraten und einstimmig beschlossen, den vorliegenden Entwurf dem Gemeinderat unverändert zur Annahme vorzuschlagen. Diesem Vorschlag schloss sich der Rat einstimmig an.

Investitionsprogramm und Finanzplanung 2008 – 2012

Der Entwurf des Investitionsprogramms 2008 – 2012, wie er sich nach den Beratungen in der Sitzung des Finanz- und Personalausschusses vom 13. Januar 2009 darstellt, wurde im Rahmen des Aufstellungsverfahrens für den Haushalt 2009 den Ortsräten zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.

Zu dem Entwurf des Investitionsprogramms wurden seitens der Ortsräte folgende Ergänzungsanträge gestellt:

- **Ortsrat Borg:**
 1. Im Wirtschaftsplan des Wasserwerkes sollen für die Erneuerung von Wasserleitungen im Zuge der Dorferneuerung auch in den Jahren 2011 und 2012 jeweils 10.000 € zusätzlich eingestellt werden.
 2. Für weitere Arbeiten am Dorfgemeinschaftshaus (Isolierung, Geländer etc.) sollen für 2010 weitere 20.000 € eingestellt werden.
- **Ortsrat Oberperl:**

Bei Haushaltsstelle 630.116 "Endausbau Baugebiet Im Gewännchen" sollen für 2011 weitere 200.000 € ausgewiesen werden.
- **Ortsrat Sinz:**
 1. Der Ansatz von 10.000 € für die Erneuerung der Teerdecke und des Gehweges in der Klosterstraße soll von 2010 auf 2011 verschoben werden.
 2. Der Endausbau des Baugebietes "In der Acht, I. BA" (Dionysiusstraße) soll ab dem Jahr 2010 in das Investitionsprogramm aufgenommen werden.
- **Ortsrat Tettingen-Butzdorf/Wochnern:**

Bei der Maßnahme 630-121 "Ausbau/Umgestaltung Ortseingang Tettingen-Butzdorf" sollen für 2011 weitere 100.000 € eingestellt werden.

Die übrigen Ortsräte haben dem Entwurf des Investitionsprogramms in der jetzt vorliegenden Fassung ohne Zusatzanträge zugestimmt. Der Finanz- und Personalausschuss hat sich in seiner Sitzung am 04.03.2009 nochmals mit dem Entwurf sowie den gestellten Zusatzanträgen aus den Ortsräten befasst. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig die von den Ortsräten gestellten Anträge in das Investitionsprogramm aufzunehmen. Dabei sind der Ansatz für das Dorfgemeinschaftshaus Borg mit 20.000 € in 2009 zum Konjunkturpaket II anzumelden und für den Endausbau des Baugebietes „Im Gewännchen“ in Oberperl für 2011 lediglich weitere 100.000 € einzustellen. Entsprechend dem Antrag des Orsrates Sinz sind bez. des Endausbaus in 2010 die Planungskosten und die Mittel für den Ausbau in 2011 zu veranschlagen.

Aufgrund der anstehenden Anmeldung zum „Konjunkturpaket II“ wurde vorgeschlagen, die weitere Beratung und die Verabschiedung des Investitionsprogramms bis zur nächsten Sitzung des Gemeinderates am 23. April 2009 zu verschieben. So wäre es möglich, die Maßnahmen entsprechend der Anmeldung zum Konjunkturpaket II in das Investitionsprogramm einzuarbeiten.

Nach Beratung beschloss der Gemeinderat einstimmig, der Empfehlung des Ausschusses folgend, die von den Ortsräten gestellten Anträge in das Investitionsprogramm aufzunehmen. Ebenso sind die im Rahmen des „Konjunkturpaketes II“ anzumeldenden Maßnahmen entsprechend in das Investitionsprogramm einzuarbeiten. Die endgültige Beschlussfassung des Investitionsprogramms 2008 – 2012 soll dann in der Sitzung des Gemeinderates am 23.04.2009 erfolgen.

Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2009

Nach der Vorberatung des Entwurfes zum Haushaltsplan 2009 in der Sitzung des Finanz- und Personalausschuss am 13.01.2009 wurden die Ortsräte über die ihren Gemeindebezirk betreffenden Ansätze unterrichtet und um Stellungnahme gebeten. Im Grundsatz haben alle Ortsräte dem Entwurf des Haushaltsplanes 2009 soweit zugestimmt.

Es wurden darüber hinaus folgende Zusatzanträge gestellt:

- **Ortsrat Borg:**
Der Ortsrat bemängelt, dass bei Haushaltsstelle 130-07 für die Restarbeiten am Feuerwehrgerätehaus die 5.000 € aus Vorjahren für 2009 nicht mehr ausgewiesen sind. Der Haushaltsausgabereinst aus Vorjahren könnte bei Bedarf nach 2009 vorgetragen werden.
- **Ortsrat Eft-Hellendorf:**
Für den Bau der WC-Anlage am Jugendraum beim Sportplatz Eft sollen Mittel eingestellt werden; der Ortsrat spricht sich gegen eine Nutzung der Kellerräume in der ehemaligen Schule aus.
- **Ortsrat Nennig:**
 1. Der Zuschuss an den TC Nennig für den Bau des Clubhauses soll komplett in 2009 mit 20.000 € veranschlagt und bei Bauausführung auch im laufenden Haushaltsjahr ausgezahlt werden.
 2. Für Unterhaltungsarbeiten am Bürgerhaus (Anstrich Jugendräume und Saal) sollen zusätzlich 5.000 € eingestellt werden.
 3. Im Zuge der Globalmaßnahmen sollen für die Anbindung der Brotstraße an das Neubaugebiet "Oberwies" rd. 27.000 € und für den Ausbau des Anwandweges "Bei der Acht" (nach Verlegung von Kanal- und Wasserleitung) rd. 11.000 € zusätzlich bereitgestellt werden.
 4. Für die Deckenerneuerung einer Restfläche in der Wieser Straße (bis Einmündung Brotstraße) soll ein Ansatz bei den Globalmaßnahmen 2009 aufgenommen werden.
- **Ortsrat Oberperl:**
Für die Ausbesserung des Feldweges "Urten" im Zuge der Globalmaßnahmen sollen für 2009 zusätzlich 10.000 € bereitgestellt werden.
- **Ortsrat Sinz:**
Der Ortsrat beantragt die Installation je einer Straßenleuchte, zum einen unmittelbar an der Buswartehalle in der Ortsmitte und an der Einmündung des Fußweges zum Baugebiet "In der Acht" (Globaltitel: 670-00).
- **Ortsrat Tettingen-Butzdorf/Wochern**
Der Ortsrat beantragt zusätzlich 10.000 € in den Globaltitel für Sanierungsarbeiten an der Leichenhalle in Tettingen-Butzdorf aufzunehmen.

Mit diesen Anträgen sowie den Anträgen der CDU-Fraktion bzw. der Verwaltung zum Haushalt 2009 hat sich der Finanz- und Personalausschuss in seiner Sitzung am 04.03.2009 eingehend befasst und folgende Empfehlungen hierzu an den Gemeinderat beschlossen:

- Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, die von den Ortsräten gestellten Anträge in den Haushaltsplan 2009 aufzunehmen und soweit möglich zu dem Konjunkturpakt II anzumelden; der Zuschussbetrag an den TC Nennig soll unverändert bleiben (2009/10).
- Dem Antrag der CDU-Fraktion zur Aufstockung des Globaltitels (630-00) um 50.000 € wird zugestimmt.
- Entsprechend dem Antrag des Bürgermeisters sollen die Ansätze für den Kindergarten Perl für den Grunderwerb auf 40.000 € und für Baukosten auf 100.000 € neu festgesetzt werden.

Unabhängig von den Zusatzanträgen und der Empfehlung des Ausschusses hierzu, wird seitens der Verwaltung vorgeschlagen, die weitere Beratung und die Verabschiedung des Haushaltes 2009 bis zur nächsten Sitzung des Gemeinderates Ende April zurückzustellen, da zunächst der Antrag auf Förderung aus Mitteln des Konjunkturpaketes II beim Ministerium des Innern vorgelegt werden sollte.

Auch zum Haushalt 2009 beschloss der Gemeinderat einstimmig, gem. der Empfehlung des Finanz- und Personalausschusses, die Anträge der Ortsräte, der CDU-Fraktion und des Bürgermeisters in den Haushaltsplan aufzunehmen. Bis zur Sitzung des Gemeinderates am 23.04.2009 sollen darüber hinaus die Maßnahmen des Konjunkturpaketes II in den Haushaltsplan eingearbeitet werden; die Verabschiedung von Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2009 erfolgt dann in dieser Sitzung.

Vergaberichtlinien für die Überlassung von Wohnbaustellen in der Gemeinde Perl

Die Vergaberichtlinien für die "Überlassung von Wohnbaustellen aus dem Grundbesitz der Gemeinde" in der Fassung des Gemeinderatsbeschlusses vom 08.09.2005 sollten -wie bereits mehrfach erörtert- überarbeitet bzw. neu gefasst werden. Dies wird insbesondere auch im Hinblick auf die anstehende Übernahme bzw. die Vermarktung der Grundstücke durch die Infrastrukturgesellschaft mbH & Co. KG Perl erforderlich.

Mit dem ersten Entwurf der Neufassung der Vergaberichtlinien hatte sich der Gemeinderat zuletzt in seiner Sitzung am 03.02.2009 befasst und einstimmig beschlossen, dem Entwurf der Vergaberichtlinien in dieser Form vom Grundsatz her zuzustimmen. Die Richtlinien sollten nach redaktioneller Überarbeitung nochmals in der endgültigen Fassung dem Gemeinderat in seiner nächsten Sitzung zu einer erneuten Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden.

Die entsprechend diesem Beschluss überarbeiteten Vergaberichtlinien wurden zur Sitzung als Tischvorlage ausgehändigt; die Fraktionen hatten vorher bereits ein entsprechendes Exemplar zur Beratung erhalten.

Nach kurzer Beratung beschloss der Gemeinderat einstimmig, die Vergaberichtlinien in der vorgelegten Fassung zu verabschieden; der Text ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Bauleitplanung im Ortsteil Nennig – Antrag zur Aufstellung eines Vorhaben bezogenen Bebauungsplanes zur Änderung des Bebauungsplanes „1. Änderung u. Erweiterung Oberwies“

Mit dem Antrag zur Aufstellung einer Bauleitplanung im Ortsteil Nennig (Erweiterung Hotel "Zur Traube") hatte sich der Bau – und Umweltausschuss bereits mehrfach, zuletzt in seiner Sitzung am 04.03.2009 eingehend befasst. Dabei hatte sich der Ausschuss mehrheitlich dafür ausgesprochen, dem geplanten Vorhaben vom Grundsatz her zuzustimmen.

Darüber hinaus hat der Ortsrat von Nennig in seiner Sitzung am 10.03.2009 nochmals die vorliegende Planung im Detail erörtert und ebenfalls dem Vorhaben sowie der Aufstellung eines Vorhaben bezogenen Bebauungsplanes bzw. der Änderung des Bebauungsplanes in der vorgeschlagenen Form zugestimmt.

Die im Bau- und Umweltausschuss bereits ausführlich erläuterte geänderte Planung wurde zum einen anhand der konkreten Projektplanung für das geplante Hotel-Erweiterungsgebäude und deren Umfeld sowie an dem vom Ing.-Büro Paulus & Partner erstellten Bebauungsplanentwurf dem Rat im Einzelnen seitens der Verwaltung vorgestellt. Danach konnten -wie bereits im Bau- und Umweltausschuss im Detail erörtert- die seinerzeit aus der Mitte des Ausschusses geäußerten Bedenken und Anregungen in der neuen Planfassung insgesamt berücksichtigt werden. Im Rahmen der Diskussion wurde weiterhin die Frage nach der Anzahl der Stellplätze gestellt. Dies wird -wie bereits von den Planern in der Ausschusssitzung erläutert- bei der weiteren Ausarbeitung der Planung, insbesondere für den Abschluss des Durchführungsvertrages im Detail ermittelt und darüber hinaus auch in den Plänen entsprechend dargestellt werden. Es liegt im ureigensten Interesse des Investors, für den Betrieb von Hotel und Restaurant über ausreichende Stellplätze zu verfügen.

Abschließend beschloss der Gemeinderat einstimmig, entsprechend den vorgelegten Planentwürfen gem. den Bestimmungen des § 13 a BauGB

- für die Umsetzung des I. BA (Hotelneubau) einen Vorhaben bezogenen Bebauungsplan aufzustellen und
- einen Bebauungsplan für die Änderung der verbleibenden Restfläche aufzustellen (Aufstellungsbeschluss) sowie
- den vorliegenden Entwurf anzunehmen und die öffentliche Auslegung mit der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange vorzunehmen (Entwurfs-/Offenlegungsbeschluss).

Vor der öffentlichen Auslegung soll jedoch im Rahmen der frühzeitigen Bürgerbeteiligung nach dem BauGB ein Bürgerinformationstermin in Nennig stattfinden; eine erneute Beratung im Ortsrat ist jedoch nicht mehr erforderlich.

Bauleitplanung im Ortsteil Borg – Antrag zur Aufstellung einer „Abrundungssatzung“ für einen Teilbereich an der Kapellenstraße

Die Eheleute Ingrid und Edmund Breit, Im Nußgarten 4, Perl-Borg, haben als Eigentümer des Flurstücks Nr. 44, Flur 6, Gemarkung Borg einen Antrag zur Aufstellung einer Abrundungssatzung für diesen Teilbereich an der Kapellenstraße in Borg gestellt. Mit diesem Antrag hatte sich der Bau- und Umweltausschuss bereits mehrfach, zuletzt in seiner Sitzung am 29.01.2009 befasst und einstimmig beschlossen, dem Gemeinderat die Aufstellung einer Abrundungssatzung für den vom Ortsrat Borg gewünschten Planungsbereich zu empfehlen.

Der Ortsrat von Borg hatte hierzu beschlossen, die Grenzen für eine Abrundungssatzung in diesem Bereich über das Grundstück der Antragsteller hinaus bis zu den der ehemaligen Schmiede gegenüber liegenden Grundstücke auszudehnen (Flur 06, Flurstück-Nr. 45 und 52) , um so einen besseren Abschluss der Ortslage zu erreichen.

Die Situation, wie sie sich nach der Empfehlung des Ortsrates bzw. dem Beschluss des Ausschusses darstellt, wurde dem Gemeinderat nochmals anhand einer Planskizze erläutert und vom anwesenden Ortsvorsteher Biewer entsprechend bestätigt.

Nach Beratung beschloss der Gemeinderat einstimmig, für den dargestellten Planungsbereich eine so genannte Abrundungssatzung aufzustellen; dieser Beschluss ist nach § 2 Abs. 1 BauGB öffentlich bekannt zu machen.

Bauleitplanung im Ortsteil Perl – Antrag zur Aufstellung eines Vorhaben bezogenen Bebauungsplanes/Ausweisung eines Sondergebietes "Großflächiger Einzelhandel"

Mit dieser Angelegenheit hat sich der Bau- und Umweltausschuss bereits mehrfach, zuletzt in seiner Sitzung am 29.01.2009, eingehend befasst. Im Rahmen der Beratungen am 08.01.2009 hatte die CDU-Fraktion zu der geplanten Ansiedlung einen Fragenkatalog vorgelegt.

Der Ausschuss hatte daraufhin einstimmig beschlossen, die Angelegenheit bis zur Klärung bzw. Abarbeitung dieser Fragen zunächst zu vertagen und keine Empfehlung an den Gemeinderat auszusprechen.

Parallel dazu sollte nochmals ein Gespräch mit dem Leiter der Landesplanung beim Ministerium für Umwelt geführt werden. Darüber hinaus sollte der Vorhabenträger die von der Landesplanung geforderten ergänzenden Angaben und Unterlagen in Form eines Gutachtens vorlegen. Dieses Gutachten mit der Stellungnahme der Landesplanung, sowie der Entwurf eines Bebauungsplanes liegen der Gemeinde zwischenzeitlich vor.

Der Bau- und Umweltausschuss hat sich in seiner Sitzung am 05.03.2009 -entsprechend dem aktuellen Stand des Verfahrens- nochmals mit den Planunterlagen und den einzelnen Punkten des vorgelegten Fragenkataloges eingehend befasst. Der Ausschuss hatte sich einstimmig dafür ausgesprochen, wegen der grundsätzlichen Frage, ob ein weiterer Fachmarkt in Perl zugelassen werden soll, die Angelegenheit zunächst dem Ortsrat von Perl zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen. Hier wurde im Rahmen der Beratungen auf den noch im Raum stehenden Grundsatzbeschluss des Gemeinderates hingewiesen, der seinerzeit im Zusammenhang mit der Ansiedlung des Lidl-Marktes gefasst wurde, nach Lidl keinen weiteren Markt (Lebensmittel/Vollsortiment) mehr zuzulassen.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden beschloss der Gemeinderat einstimmig, die Angelegenheit bis zur Beratung im Ortsrat von Perl zunächst zu vertagen.

Fortführung des Saar-Hunsrück-Steiges von Orscholz nach Perl

Mitte 2007 wurde der Saar-Hunsrück-Steig (SHS) offiziell eröffnet und hat seitdem einen ungeahnt hohen Zuspruch an Tages- und Fernwanderern erfahren; 2007 wurden 70.000 und 2008 bereits 100.000 Wanderer auf dem SHS registriert. Momentan ist er auch der durch das Deutsche Wanderinstitut höchstprämierte Fernwanderweg.

In den nächsten Jahren soll das touristische Marketing für den Landkreis Merzig-Wadern verstärkt auf den SHS ausgerichtet werden, daher wurde auch der Titel „Traumschleifen - Saar-Hunsrück-Steig“ als Wandermarke entwickelt. Zur Ausweitung der Aktivitäten ist auch eine Verlängerung des SHS bis an die saarländische Mosel vorgesehen.

Ein erster grober Entwurf für die Erweiterungsstrecke sieht folgenden Verlauf vor: Aussichtspunkt Cloef (bisheriger SHS-Startpunkt in Orscholz > Römische Villa Borg > Eft-Hellendorf > Grenze Frankreich > Schloss Malbrouck > Apach > Sierck-les-Bains -> Contz-les-Bains > Stromberg > Schengen > Bahnhof Perl. Der Bereich am Bahnhof Perl ist in diesem Konzept als neuer Startpunkt für den Saar-Hunsrück-Steig vorgesehen.

Die Anlegung des Weges selbst hat bisher 250.000 € an Kosten gefordert, die mit 70 % aus touristischen Fördermitteln sowohl vom Wirtschaftsministerium des Saarlandes als auch auf rheinland-pfälzischer Seite gefördert wurden. Die geplante Verlängerung des Weges von Orscholz bis Perl hat je nach Streckenführung eine Gesamtlänge von 25 bis 30 km. Ausgehend von einem Kostenfaktor von rd. 1.000,- € pro km ergibt dies die geschätzte Investitionssumme von 30.000 € für die eine 70-prozentige Förderung durch das Wirtschaftsministerium zu erwarten ist; diese Ansätze sind im Haushaltsplanentwurf 2009 vorgesehen.

Innerhalb des Saar-Hunsrück-Steiges gibt es 30 so genannte "Traumschleifen"; hierzu würde dann u. a. auch der Panoramaweg in Perl gehören. Ganz wichtig ist bei der geplanten Streckenführung jedoch die Einbindung von Schengen und die Schleife über Sierck-les-Bains/Contz-les-Bains auf französischer Seite. Damit wäre der Saar-Hunsrück-Steig der erste grenzüberschreitende Steig in Deutschland.

Ab dem Jahr 2008 gibt es für die Vermarktung des Saar-Hunsrück-Steiges ein eigenes Projektbüro in Losheim am See. Für die Unterhaltung dieses Projektbüros und die Betreuung der gesamten Wanderstrecke (Infrastruktur, Marketing und Werbung) fallen damit laufende Kosten in Höhe von 235.000 € pro Jahr an. Bei einem Verteilerschlüssel und einer Aufteilung auf alle beteiligten Gemeinden in Saarland und Rheinland-Pfalz würde sich ein Projektkostenanteil von 8.500 € pro Gemeinde ergeben.

Die geplante SHS-Erweiterungsstrecke zur Mosel hin könnte bei Realisierung des Projektes voraussichtlich im April 2010 eröffnet werden.

Der Bau- und Umweltausschuss hat die Angelegenheit am 29.01.2009 beraten und sich mehrheitlich dafür ausgesprochen, das Projekt aufzugreifen und dem Gemeinderat die Beteiligung an dem Projekt zum Ausbau des Saar-Hunsrück-Steiges bis nach Perl zu empfehlen.

Nach kurzer Beratung stimmte der Gemeinderat dem vorliegenden Konzept für die Fortführung des Saar-Hunsrück-Steiges auf dem Gebiet der Gemeinde Perl entsprechend der Ausschussempfehlung einstimmig zu.

Anmeldung von Maßnahmen zum „Konjunkturprogramm II“

Mit dieser Angelegenheit hat sich der Finanz- und Personalausschuss in seiner Sitzung am 04.03.2009 eingehend befasst jedoch keine abschließende Empfehlung für die konkrete Anmeldung von Maßnahmen zu dem „Konjunkturpaket II“ beschlossen.

Der Ausschuss hat vielmehr auf Antrag der CDU – Fraktion einstimmig, bei zwei Enthaltungen beschlossen, für die Gemeinde Perl ein sog. „Konjunkturprogramm Perl“ mit einem Finanzvolumen von insgesamt 3 Mio. € für die Jahre 2009 und 2010 aufzustellen.

Fraktionsvorsitzender Stegmann erläuterte zunächst anhand einer Powerpoint-Präsentation das von der CDU-Fraktion im Ausschuss beantragte „Konjunkturprogramm Perl“ mit einem Gesamtvolumen von 3 Mio. € Einleitend wies er darauf hin, dass sich nach der Auffassung der CDU-Fraktion durch die variable Zuschussquote wonach die Gemeinde Perl nur 75 % Förderung und andere Gemeinden bis zu 95 % an Förderung erhalten zu einer Benachteiligung führe. Gleiches gilt für das Kriterium der „Zusätzlichkeit“ der durchzuführenden Maßnahmen. Hier ist die Gemeinde Perl deutlich im Nachteil, da sie in der Vergangenheit bereits erhebliche Investitionen im Bereich der Infrastruktur und hier vor allem im Straßenbau getätigt hat.

Im Folgenden stellte Stegmann das von der CDU-Fraktion vorgeschlagene eigene Konjunkturprogramm vor. Zunächst sollten zum Konjunkturpaket I und II sowie zum Sonderprogramm des Saarlandes für Straßenbau folgende Anmeldungen erfolgen:

- Im Bereich Bildung die Sanierung des Grundschulgebäudes in Perl mit förderfähigen Kosten von 386.700,-- €
- Im Bereich Infrastruktur die Bürgerhäuser (als Paket), das Bürgerservicecenter am Rathaus sowie die Bahnhöfe in Perl und Nennig (Sofortmaßnahmen) mit dem hier zur Verfügung stehenden Kostenrahmen von 373.300,-- €
- Zur Förderung im Bereich Straßenbau sind Winterschäden und Markierungsarbeiten in der erforderlichen Höhe von 173.342,-- € anzumelden.

Hier wurde seitens der Verwaltung darauf hingewiesen, dass diese Summe zusätzlich, d.h. über dem Durchschnitt der Investitionen der letzten drei Jahre liegen muss. Damit beträgt die Investitionssumme die zur Ausschöpfung der gesamten Fördersumme notwendig ist rd. 440.000,-- €

Zu diesem Programm wären somit vorab die in den Globalmaßnahmen 2009 bereits vorgesehenen Straßenausbaumaßnahmen anzumelden. Darüber hinaus sollte ggf. der Ausbau der Straße „Zum Sportplatz“ sowie die teilweise Erneuerung der Straßenoberfläche in der Mühlenstraße im OT Oberleuken angemeldet werden.

Weiter ging Stegmann in seinem Vortrag auf die von der CDU-Fraktion vorgeschlagenen „zusätzliche Investitionen in die Zukunft aller Bürger, um die Gemeinde Perl als Wirtschaftsstandort und als Wohngemeinde attraktiver zu gestalten“ ein. Danach verbleibt –neben den Anmeldungen zum Landesprogramm- ein Eigenanteil der Gemeinde für weitergehende Investitionen von 2.009.300 € der wie folgt verwendet werden soll:

- | | |
|--|-----------|
| • Bildungsbereich – Sanierung der Grundschule Perl | 900.000 € |
| • Infrastruktur – für Maßnahmen im Umfeld Schengen-Lyzeum/Sportzentrum | 1 Mio. € |

Abschließend stellte er die von der Fraktion ausgearbeitete Finanzierung des Konjunkturpaketes Perl vor. Neben den Zuschüssen aus dem Bundes-/Landesprogramm in Höhe von 743.000,-- € und der Kreditfinanzierung des Eigenanteiles hierzu von 247.700,-- € soll der Restbetrag finanziert werden durch

- eine Rücklagenentnahme bis zur gesetzlich möglichen Grenze.
- den Verkaufserlös des Hauses Trierer Straße 36.
- mögliche Mehrerlöse aus der Abrechnung/Vermögensübertragung der Baugrundstücke an die Infrastrukturgesellschaft.
- Erlöse aus sonstigen Infrastrukturbeiträgen.
- Mehrerlöse aus gewerblichen Grundstücksverkäufen über den Gestehungskosten.
- Zuschüsse Dritter.

Der danach verbleibende zunächst nicht näher bezifferte Restfinanzierungsbetrag soll über eine zusätzliche Kreditaufnahme bereitgestellt werden. Es soll eine 10 %ige Sondertilgungsvereinbarung auf die sich abschließend aus dem Konjunkturpaket ergebende Restfinanzierungssumme als Sondervereinbarung abgeschlossen werden. Nähere Einzelheiten hierzu sollen mit der Verwaltung rechtzeitig vor der Sitzung des Gemeinderates über den Beschluss des Haushaltes 2009 ausgearbeitet werden.

In der sich anschließenden zum Teil kontrovers geführten Diskussion erklärte Fraktionsvorsitzender Schreiner für die SPD, dass die SPD-Fraktion dieses Konjunkturpaket Perl so nicht mittragen könne. Man solle sich nach Auffassung der SPD zunächst auf die Ausschöpfung der Landesmittel aus dem Konjunkturpaket II beschränken. Er sehe für die SPD-Fraktion keine sachliche Grundlage ein solches zusätzliches Konjunkturprogramm, insbesondere unter dem Hintergrund der zurzeit aktuellen Finanzkrise und die daraus noch nicht absehbaren Entwicklungen aufzulegen. Insbesondere im Hinblick auf die enorme Kreditaufnahme die hierzu notwendig sei und die nach seiner Auffassung nicht differenziert genug dargestellte Gesamtfinanzierung, werde die SPD dem Antrag der CDU nicht zustimmen.

Dem entgegnete Stegmann, dass der Antrag der CDU volkswirtschaftlich gesehen genau in die richtige Richtung ziele, nämlich, dass der Staat sich in Krisenzeiten soweit als möglich antizyklisch zu verhalten habe und hiermit eine besondere Stärkung der Wirtschaftskraft erreicht werden kann.

Herr Schreiner hielt dem entgegen, dass es nicht möglich ist, die Versäumnisse aus der Vergangenheit in zwei Jahren aufzuarbeiten und hierzu ein derart großes Programm neben dem bereits enormen Haushaltsvolumen der Gemeinde aufzustellen.

Im Rahmen der Beratung stellte Frau Keren für die FDP den Antrag, im Gemeinderat zunächst nur über die Anmeldung zum Konjunkturprogramm II des Landes abzustimmen. Schreiner erklärte für die SPD, dass die SPD-Fraktion den Antrag der von Frau Keren unterstütze.

Der Antrag der CDU stellt jedoch den weiterführenden Antrag dar, so dass zunächst über den Antrag der CDU abzustimmen ist.

Vor der Abstimmung wies der Bürgermeister ergänzend darauf hin, dass mit einer solchen Entscheidung dem im Juni neu zu wählenden Gemeinderat praktisch jeder Handlungsspielraum für die Zukunft genommen werde; diesen Einwand ließ die CDU-Fraktion so nicht gelten.

Abschließend beschloss der Gemeinderat bei 16 Ja-Stimmen und fünf Gegenstimmen den Antrag der CDU-Fraktion anzunehmen und ein eigenes Konjunkturprogramm in Höhe von 3 Mio. aufzustellen.

Auftragsvergaben

Der Gemeinderat beschloss jeweils einstimmig die Vergabe folgender Aufträge:

- Leichtmetallarbeiten im Rahmen der Erweiterung der Grundschule Dreiländereck an die Firma Binz & Co. Metallbau GmbH aus Saarbrücken.
- Zimmerer-, Klempner-, Dachdecker- und Dachabdichtungsarbeiten im Rahmen der Erweiterung der Grundschule Dreiländereck an die Firma Thomas Biwersi aus Perl.
- Herstellung und Vertrieb des amtlichen Bekanntmachungsblattes „Mosella“ durch Verlagswechsel an den Verlag Linus Wittich, Merchweiler.

Grundstücksangelegenheiten

Der Gemeinderat beschloss jeweils einstimmig, den Erwerb von Grundstücken in Nennig und den Verkauf von Grundstücken in Perl.

Information

Wie vor Eintritt in die Beratungen von der CDU-Fraktion beantragt wurde dieser Punkt zusätzlich behandelt. Stellvertretend für die CDU-Fraktion äußerte das Gemeinderatsmitglied Schmohl, das Befremden der CDU-Ratsmitglieder über die Äußerungen des Bürgermeisters von Schmelz zum Ausstieg der Gemeinde Perl aus dem EVS. Bürgermeister Emanuel hat in seiner Eigenschaft als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender des EVS eine schriftliche Stellungnahme zum Ausstieg der Gemeinden im Kreis Merzig-Wadern aus dem EVS verfasst, die vor einigen Wochen in Form eines Infobriefes der „Mosella“ beigefügt war.

Nach Auffassung der CDU-Fraktion bedürfen die hier geäußerten Vorwürfe von Bürgermeister Emanuel einer Klarstellung durch die Gemeinde Perl, d.h. durch den Bürgermeister. Schmohl erklärte, dass die CDU-Fraktion über die Äußerungen schockiert sei, insoweit sie zumindest unterschwellig den Mandatsträgern, d.h. den Gemeinderatsmitgliedern von Perl und auch den der anderen Gemeinden, die den Austritt aus dem EVS beschlossen haben, in gewisser Weise Bestechlichkeit vorwarf bzw. unterstellte.

Die CDU-Fraktion fordere daher eine eindeutige Klarstellung zu den Äußerungen seitens des Bürgermeisters für die Gemeinde Perl. Hierzu verlas Schmohl einen umfangreichen Fragenkatalog bzw. eine Reihe von Antragspunkten, die im Rahmen dieser Klarstellung, in einem Schreiben des Bürgermeisters an Herrn Emanuel und darüber hinaus auch in der „Mosella“ zu veröffentlichen seien.

Im Rahmen der sich anschließenden Diskussion verwies der Vorsitzende darauf, dass hier unter dem Punkt Informationen kein Beschluss dieser Art zu fassen sei und er sich auch nicht bereit erkläre, den Anträgen des Herrn Schmohl und damit der CDU-Fraktion in vollem Umfang nachzukommen. Er sehe dies zum einen im Blickwinkel der Pressefreiheit und werte das Ganze weniger dramatisch als hier von Herrn Schmohl dargestellt. Darüber hinaus könnte er hier die besondere Dringlichkeit nicht erkennen, da -wie bereits ausgeführt- diese Beilage bereits vor mehreren Wochen in der „Mosella“ beigefügt war. Die CDU-Fraktion hätte somit die Möglichkeit gehabt, rechtzeitig die Aufnahme eines ordentlichen Tagesordnungspunktes zu dieser Angelegenheit für die heutige Sitzung zu beantragen.

Aber auch ohne einen entsprechenden Beschluss hierzu sei er gerne bereit, ein diesbezügliches Schreiben zur Klarstellung an seinen Bürgermeister-Kollegen in Schmelz zu richten sowie zu den hier gemachten Äußerungen eine Klarstellung in der „Mosella“ zu veröffentlichen.

Dieser Vorgehensweise stimmte der Gemeinderat abschließend mehrheitlich zu.